

Blickpunkt

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis  Nr. 01 März 2020 Jahrgang 49
V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Skandal folgt auf Skandal Klinikum kommt nicht zur Ruhe

Personalabbau, Auslagerung von Abteilungen, Datenpanne, wie geht es weiter im Klinikum Heidenheim?

Eine Horrornachricht folgt auf die andere.

Welche ist die nächste ? Wann wird sie bekannt?

Wird sie Herrn Lavendel seine Anstellung kosten?

Jede/r Mitarbeit/in mit solchen Fehlern hätte ganz sicher schon seinen Arbeitsplatz verloren!

Welche Befugnisse hat ein Herr Lavendel, wenn nicht einmal Landrat und Aufsichtsrat von seinen Plänen wissen? Wie sie zumindest behaupten.

Unsere Mitglieder des Kreisrats und Landrat Polta sind gut beraten, wenn sie dem Geschäftsführer des Klinikums gehörig auf die Finger schauen.

Das Lippenbekenntnis das Klinikum in öffentlicher Hand zu behalten nützt nur, wenn auch alles dafür getan wird.



**Deshalb:
Keine Alleingänge des Geschäftsführers
dulden! Privatisierungspläne
verhindern!**

Klinikum muß gemeinnützig bleiben!

Die Bäume sind weg!

Egal wie alt die Bäume sind, egal wie viel Sauerstoff sie produzieren, egal wieviel Wasser sie speichern, egal wieviel CO2 und andere Umweltgifte sie der Luft entziehen, sie sind im Weg.

Also weg damit und dafür einen Radweg gebaut, ist ja auch für den Umweltschutz!

So zu Denken und zu Handeln ist nicht wirklich umweltfreundlich.

Gab es keine andere Lösung für einen neuen Radweg?



Heidenheim beschließt Teuerung!

DKP Stadtrat ist gegen die Erhöhungen

Beerdigungen werden immer teurer

Bei seiner letzten Sitzung im Dezember 2019 beschloss der Heidenheimer Gemeinderat, die Bestattungsgebühren wieder zu erhöhen. Die Gebühren werden regelmäßig erhöht. Das war ein Grund für DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, der Erhöhung nicht zuzustimmen. Die Kosten der Bestattungen betragen für die Hinterbliebenen einige tausend Euro.

Einem Zeitungsbericht zufolge konnten sich schon 2311 Baden-Württemberger die Bestattungen für ihre Verstorbenen im Jahr 2017 nicht leisten.

Sie mussten dafür Unterstützung vom Sozialamt in Anspruch nehmen. Bundesweit waren es 21 500 Menschen.



Wegen zunehmender Altersarmut und ausbreitender prekärer Beschäftigungen ist zukünftig mit einem Anstieg von Hinterbliebenen zu rechnen, die sich die Bestattungskosten nicht mehr leisten können.

Wasser, Strom und Gas wurden teurer

Zum 1. Januar 2020 erhöhte die Stadtwerke AG die Preise für Trinkwasser. Statt bisher netto 1,97 Euro auf 2,02 Euro. Eine der Gründe war das Wasserentnahmeentgelt, der sogenannte „Wasserpennig“ vom Land Baden-Württemberg, der von 8,1 Cent auf 10 Cent pro Kubikmeter angehoben wurde. Diese Mehrkosten sowie die Betriebskosten wurden jetzt an die lieben Kunden weitergegeben.



Schon im August letzten Jahres stiegen die Strompreise um 6,8 Prozent und die Gaspreise um 7,09 Prozent. Grund seien die gestiegenen Marktpreise.

Strom, Gas und Wasser sind wichtige Lebensgrundlagen für die Menschen. Sie dürfen nicht wie Ware behandelt und zur Gewinnsteigerung genutzt werden, meint die DKP.

Brenzbahn-Ausbau endlich umsetzen

Das ist schon ein Armutszeugnis, was die Bahn da hinlegt. Wie oft wurden in den letzten Jahren Verbesserungen, wie der zweigleisige Ausbau, angekündigt, die sind aber niemals eingetroffen. Im Gegenteil, die Pannen wie Zugausfälle und -verspätungen sind normaler Zustand.

Immer mehr Reisende sind nicht nur enttäuscht, sondern auch stinksauer, und das mit Recht. Noch vor zwei Jahren konnte man in der HZ lesen, dass eine Arbeitsgruppe mit dem Verkehrsministerium den zweigleisigen Ausbau angehen wolle. Jetzt hat die Bahn wieder ein Veto eingereicht. Jahre zuvor versprochen Heidenheimer Politiker sogar, dass das Milliardenprojekt „Stuttgart 21“ der Verbesserung der Brenzbahn zugute käme.

Immer wieder trafen sich Politiker zu Gesprächen mit der Bahn. Es wurden Interessengemeinschaften gegründet und Bahn-Gipfel durchgeführt, mit dem Ziel, die Brenzbahn attraktiver zu machen. Verwirklicht wurde bisher nichts.



Nach Meinung der DKP liegt es vor allem an der Politik, dass sich die Bahn bewegt.

Alle Parteien auf Landesebene müssen sich wehren und auch auf die Straße gehen und die zuständigen Gremien und die Bahn zwingen nicht nur mehr Geld in den Ausbau der Brenzbahn und weiterer Strecken zu investieren, sondern diesen Ausbau auch schnell umzusetzen.

Viel mehr Menschen müssen auf das Autofahren verzichten und dafür die Bahn nützen. Das schützt letztendlich unsere Umwelt.

Der ÖPNV muss für uns Menschen attraktiver gestaltet und kostengünstiger angeboten werden.

Kapitalismus heißt **Kaufen, Verkaufen, Spekulieren**

Die Leidtragenden sind die Beschäftigten

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlechtert sich zunehmend.

In einem kapitalistischen System, in dem die großen Konzerne und Banken bestimmen, ist das aber üblich.

**Kaufen, Verkaufen, Spekulieren:
Der Profit ist das Wichtigste.**

Die Leidtragenden dieser Politik sind vor allem die Beschäftigten.

Von den Gewinnen profitieren nur die Konzernbosse.

Laut der Hilfsorganisation Oxfam besitzt das reichste Prozent der Weltbevölkerung mehr Vermögen als die anderen 99 Prozent.

Den Beschäftigte bei **Osram** in Herbrechtingen droht ein Abbau von ca. 300 Arbeitsplätzen.

Auch bei **Voith** sieht es wieder mal nicht gut aus. Zwei Standorte, Sonthofen und Zschopau werden geschlossen.

Für HDH gilt „Der Standort muss jedoch auch einen Beitrag zu Wettbewerbsfähigkeit und Flexibilität leisten.“

Edelmann startet einen Konzernumbau, stand in der HZ. Es wird über flexiblere Arbeitsmodelle nachgedacht. Werden dabei Arbeitsplätze wegfallen?

Die Metro AG plant, alle 277 Real-Märkte in Deutschland zu verkaufen, oder zu schließen. Davon ist auch der **Real-Markt** in Schnaitheim betroffen. Wie es dort mit den 100 Beschäftigten weitergeht ist noch unklar.

Dem Verkehrsunternehmen **HVG** droht ein Personalabbau. Grund: Sie verlor, dank der EU-Vergabevorschrift, sechs Buslinien an ein Konkurrenzunternehmen.

WMF in Geislingen plant 150 Beschäftigte zu entlassen. Dagegen potestieren schon Bürger mit den Beschäftigten vor dem Werkstor.



Opel plant, 2000 Beschäftigte abzubauen. Trotz einem Rekordgewinn in 2019 mit vermutlich deutlich mehr als 1 Mrd. Euro.

Der Autozulieferer **Bosch** kündigt an, bis Ende 2022 rund 1000 Arbeitsplätze abzubauen.

Daimler legte Eckpunkte seines Sparprogrammes

fest. In den kommenden drei Jahren ist die Vernichtung von 14 000 Stellen geplant.



Den beschlossenen Kohleausstieg bezahlen wir Bürger!

Die Kohlekraftwerke sind für riesige Mengen an CO2-Ausstoß verantwortlich. **Obwohl die Kohlekraftbetreiber in der Vergangenheit Milliardengewinne eingesteckt haben, sollen sie jetzt mit 4,35 Milliarden Euro entschädigt werden.**

Finanzminister Olaf Scholz beschenkt die Betreiber auf Kosten der Steuerzahler. Dieses Geld wäre besser dafür angelegt für die zu erwartenden Arbeitslosen neue Jobs zu schaffen.

Aber leider kümmert sich zur Zeit noch niemand um die anstehende Veränderung der Arbeitswelt der kommenden Jahren.

Gewerbegebiet Königsbronn und Oberkochen Bürgermeister streiten sich

Schon im März 2019 gab es im Heidenheimer Gemeinderat eine heftige Diskussion zum Für und Wider des „Interkommunalen Gewerbegebiet“ zwischen Königsbronn und Oberkochen. Rund 16 Hektar gute landwirtschaftliche Fläche soll der Industrie geopfert werden. Partnerstädte sind Heidenheim, Königsbronn und Oberkochen.

Die Heidenheimer Fraktion der Grünen und DKP-Stadtrat Reinhard Püschel, sprachen sich damals eindeutig gegen das neue Gewerbegebiet aus.

Es wird viel brauchbares Ackerland zerstört. „Wir brauchen die Natur“, so Stadtrat Püschel. Bei den anderen Fraktionen fanden diese Argumente keine Zustimmung. Sie stimmten für das neue Gewerbegebiet, weil es angeblich Arbeitsplätze schaffe. Wer genau dort Investieren wolle, sei aber noch offen.

Jetzt, ein Jahr später, flammt ein neuer Streit über das Gewerbegebiet auf. Diesmal zwischen den Bürgermeistern von Königsbronn und Oberkochen. Sie machen sich gegenseitig Vorwürfe. Sie fühlen sich im Vertrag ungerecht behandelt, und meinen zu kurz zu kommen. Auch warf man die Frage auf, ob die Firma Zeiss doch nicht so viel Interesse am neuen Gewerbegebiet habe. Wäre der Vertrag dann nicht ein übereiltes Handeln gewesen und man am Ende „Nachteile“ habe?

Für Stadtrat Püschel und die DKP ist klar, die zerrütteten Verhältnisse machen deutlich:

Hände weg von der Zerstörung des Ackerlandes. Die Natur ist wichtig für das Überleben der Menschen. Kippt das „Interkommunale Gewerbegebiet“!

NEIN zum NATO-Kriegsmanöver Defender 2020

JA zu Frieden, Entspannungspolitik und Abrüstung

Mit insgesamt 37 000 Soldatinnen und Soldaten aus 16 NATO-Staaten wird eine neue Dimension militärischer Aktivitäten erreicht. Bis zu 20 000 US-GI's mit entsprechendem schweren Gerät werden über den Atlantik und anschließend quer durch Europa an die russische Grenze transportiert. Die Größe des Manövers und die Örtlichkeit entlang der russischen Westgrenze stellen ganz deutlich eine Provokation gegenüber Russland dar. Das Manöver Defender 2020 birgt die Gefahr einer möglichen direkten Konfrontation zwischen Verbänden von NATO und Russland in sich. Auch der Zeitpunkt wurde nicht zufällig gewählt: 75 Jahre nach der Befreiung Europas vom Faschismus, vor allem durch die Rote Armee, marschieren wieder deutsche Soldaten an der russischen Grenze auf.

Deutschland wird mit dem neuen Joint Support and Enable Command der NATO in Ulm, den Umschlaghäfen Hamburg, Bremerhafen und Nordenham und andere Stützpunkte zur Drehscheibe der Transporte. Geleitet wird das Manöver auch über das EUCOM in Stuttgart. Datenübertragungen und ergänzende Lufttransporte erfolgen über die US-Air Base Ramstein. Auch in Grafenwöhr und Hohenfels in Bayern finden Truppenübungen statt. In Deutschland findet das Manöver hauptsächlich im April und Mai statt.

Während der Transporte wird es zu schweren Einschränkungen des Straßen- und Schienenverkehrs entlang der Transportstrecken kommen. Die Bundeswehr hat mit der

Deutschen Bahn AG eine Vorfahrtsregel für alle Militärtransporte vereinbart.

Das Manöver ist eine erneute Zuspitzung der Konfrontationspolitik von NATO und EU gegenüber Russland.

Demgegenüber sollten Entspannungspolitik und freundschaftliche kooperative Beziehungen mit Russland das Gebot der Stunde sein.

In der Charta von Paris, das 1990 von allen europäischen Staaten, einschließlich Russland, den USA und Kanada unterstützt wurde hieß es:

„Das Zeitalter der Konfrontation und der Teilung Europas ist zu Ende gegangen. Wir erklären, dass sich unsere Beziehungen künftig auf Achtung und Zusammenarbeit gründen werden.“



Bundesweit steht die Friedensbewegung in den Startlöchern.

Ende Februar protestieren Kriegsgegner in Mannheim.

In vielen Orten finden an Ostern die "Ostermärsche" statt. Auch am 8. Mai, dem "Tag der Befreiung" werden Friedensaktionen stattfinden.

Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!
DKP Heidenheim

IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03

BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

